

Enztal-Bote

Amtsblatt für Wildbad

Anzeiger und Tagblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags.
Bezugspreis M. 4.80 vierteljährlich, M. 1.60 monatlich
frei ins Haus geliefert; durch die Post im innerdeutschen
Verkehr M. 4.05 und 90 Pfg. Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Pettizelle oder deren
Raum 20 Pfg., auswärts 30 Pfg., Reklamezeilen
75 Pfg., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Anzeigennahme in Wildbad bei der Expedition Wilhelmstrasse 99, in Calmbach durch die Anzeigerin.

Druck und Verlag der Wildbäder Verlagsdruckerei

Schriftleitung: Ch. Gack, beide in Wildbad. Fernsprecher Nr. 33.

Nr. 5

Donnerstag, 8. Januar 1920

Jahrgang 54

Versteifung des Geldmarkts.

Die Ansprüche an die Reichsbank waren in der letzten Weihnachtswochen (bis 23. Dezember) so groß, wie noch nie seit Bestehen des Instituts. Nach dem letzten Ausweis der Bank wurden in dieser Woche an papierernen Zahlungsmitteln neu ausgegeben 1251 Millionen Mark in Banknoten und 144,1 Mill. Mark in Darlehenskassenscheinen, zusammen 1395,1 Millionen Mark. (Vergleichsweise wurden in der entsprechenden Woche an Banknoten und Darlehenskassenscheinen zusammen genommen neu in den Verkehr gegeben 1916 181 Millionen, 1917 374,6 Millionen, 1918 1176,5 Millionen Mark.) Die Gesamtsumme des im Umlauf befindlichen deutschen Papiergelds — ohne die Reichskassenscheine — hat damit die gewaltige Höhe von rund 47 1/2 Milliarden Mark erreicht (34 126,6 Mill. Mark Banknoten und 13 598,2 Mill. Mark Darlehenskassenscheine), der ein Metallbestand von noch 1100 Millionen Mark (gesetzmäßig müßte die Deckung ein Drittel betragen) gegenübersteht. Die außerordentliche Anspannung des Reichsbankkredits rührt teils von dem Bedarf an Zahlungsmitteln für Einführung der Zinsscheine auf 1. Januar her, teils kommt in Betracht, daß der Weihnachtverkehr bei dem hohen Preisstand der Waren größere Summen als früher erforderte. Endlich ist der allgemeine Geldbedarf des Reichs sehr hoch gewesen. Der Papiergeldumlauf ist übrigens auch in anderen Ländern weit über die normale Metalldeckung hinausgewachsen; er beträgt z. B. in Frankreich 35 Milliarden Franken, in Oesterreich 50 Milliarden Kronen und in Rußland soll er 180 Milliarden Rubel übersteigen. Dieses Anschwellen des Notenumlaufs dürfte nun zu einem Versteifen des Geldmarkts und zur Erhöhung des Reichsbankdiskonts führen. Fünf Jahre lang seit Dezember 1914, vermochte die Reichsbank ihren Bankfuß unverändert auf 5 Prozent festzuhalten vermöge der Geldflüssigkeit, die ihre Gründe hatte in dem großen Liquidationsprozeß seit dem Krieg, in dem raschen Rückfluß der Gelder aus dem Kriegsanleihen und in der Massenanzahlung von Papiergeld. Der Liquidationsprozeß bestand darin, daß die im Reich vorhandenen Massen von Waren (Wolle, Baumwolle, Kaffee, Tabak, Häute, etc. usw.) ausgebracht wurden, die Erlöse aber bei der Absperrung von Uebersee nicht wieder in neuen Käufen vom Ausland angelegt werden konnten, sondern als bares Geld im Reich blieben, wodurch dem Geldmarkt Milliarden zufließen. Den Ausschlag gab aber, daß die Lieferungen der Kriegsanleihen sich rasch in Lieferungen und durch das Barzahlen sich ebenso rasch wieder in bares Geld umsetzten, das zunächst den Banken zufließt. Aber bereits ist die Bank von England genötigt gewesen, ihren Bankfuß vor einigen Wochen auf 6 Proz. zu erhöhen, und das zeigt, daß die Geldflüssigkeit zu Ende ist. Der große Liquidationsprozeß an Vorräten aus der ersten Kriegshälfte ist vorbei. Jetzt geht es umgekehrt auf der ganzen Linie an Neuanschaffungen, die bedeutende Geldmittel erfordern. Der Tiefstand unserer Valuta verteuert die Bezüge vom Ausland außerordentlich, im Inland kommen die Aufschläge für gesteigerte Löhne, Löhne, Kohlen, Frachten usw. dazu. Nach alledem wird man mit einer Versteifung des Geldmarkts und mit höheren Diskontsätzen rechnen müssen.

Erzberger in Stuttgart.

Am Sonntag nachmittag fand im Kuppelsaal des Kunstgebäudes die von der Zentrumsparlei Groß-Stuttgart einberufene Versammlung statt, zu der nur Parteimitglieder und geladene Gäste Zutritt hatten. Der Saal konnte sich nur langsam füllen, denn die Teilnehmer hatten Mühe, sich Zutritt zum Saal zu verschaffen und durch die Tausende, die auf dem Schloßplatz sich eingefunden und keine Eintrittskarten besaßen, sich durchzuwinden. Schließlich aber war der weite Raum überfüllt, als Abg. Haufer die Versammlung eröffnete und den Redner des Tages, Reichsfinanzminister Erzberger, begrüßte. Haufer gab der Genugtuung Ausdruck, daß die Zentrumsparlei in Erzberger einen Ersatz für Großher gefunden habe.

Von lebhaftem Beifall begrüßt, betrat sodann Minister Erzberger das Rednerpult. Er gedachte zuerst in warmen Worten seines Freundes und Meisters Großher. Dann sprach er über die politische Lage des Reichs in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, wo-

sache. Deutschlands Niederlage sei auf die militärpolitische Diktatur zurückzuführen.

Den Gegenwartsfragen voran stellte Erzberger längere Ausführungen über den Eintritt des Zentrums in die Verbindung der Mehrheitsparteien. Ohne und gegen das Zentrum gebe es keine Gesundung und keinen Aufbau. Wenn der Wagen nicht zu sehr nach links gefahren ist, so sei das mit ein Verdienst des Zentrums. Es sei noch nicht Zeit, hierüber alles Nähere auszuführen. Die neue Verfassung bringen den Katholiken mehr, als sie je gehabt haben. Die Konfessionsfrage sei gesichert, wenn auch noch harte Kämpfe bevorstehen werden.

Die wichtigste Frage sei die Finanzreform. Am 31. Dezember 1919 seien neue Steuern mit einem vorgesehenen Ertrag von 18 Milliarden verabschiedet worden. Die noch in der Nationalversammlung ruhenden Vorlagen sollen etwa 10 Milliarden einbringen. Weiteres Entgegenkommen hinsichtlich des Reichsnotopfers der Kleinrentner gegenüber sei vorhanden. So sollen z. B. Kleinrentner, die bis zu 100 000 M. Vermögen und bis zu 6000 M. Jahreseinkommen haben, während ihrer Lebenszeit zur Abgabe der Erben nicht herangezogen. Erst im Todesfall werden die Erben die Abgabe zu leisten haben. Die Reichseinkommensteuer trete am 1. April 1920 in Kraft und bringe für die unteren Kreise erhebliche Entlastung. Er habe auch indirekte Steuern eingebracht, in einer Höhe, wie sie bisher noch kein Finanzminister der Welt gewagt habe. Von einer Klassensteuer könne also keine Rede sei.

Ueber die Zukunftsaufgaben sprach sich Erzberger dahin aus, daß Deutschland Einheitsstaat werden müsse. Er stehe und falle mit diesem Gedanken. Die vielen Staatsmaschinen (168 Minister und mehrere tausend Parlamentarier) arbeiten zu kostspielig. Der Kanalisierung des Redars könne er, weil er Einheitsstaat brauche, nicht zustimmen.

Auf zwei Grundfragen ruhe die ganze Politik: wirtschaftliche und gelbliche Gesundung und konsequente Durchführung einer demokratischen Politik. Für absehbare Zeit gebe es in Deutschland kein Wohlleben mehr. Zum Schluß wies Erzberger noch auf Artikel 235 des Friedensvertrags hin, der die Verbandsmächte verpflichtet, für die erste Ablieferung von 20 Milliarden Goldmark Lebensmitteln an uns zu liefern. Wenn in den nächsten Tagen das Friedensprotokoll unterschrieben werde, müssen auch die Verbandsmächte an diese Dinge herangehen. Darüber aber herrsche kein Zweifel, daß unsere ganze Zukunft auf unsere Eigenproduktion festgelegt werden müsse. Aufhebung der gebundenen Wirtschaft wäre deshalb heute der Anfang zum Ruin auf wirtschaftlichem Gebiet. Die Auslandslebensmittel und Genussmittelausfuhr können wir uns heute nicht mehr leisten.

Nur Hebung der Arbeitskraft und Arbeitslust müsse zuvor der Schuttmannschaft war kaum mehr mutmaßlich, die Vordringenden zurückzuhalten. Eine Tür wurde eingebrochen, wobei einem diensttuenden Polizeinspektoral einige Rippen eingeprügelt wurden. Der Vorsitzende der Versammlung, Abg. Haufer, bat Erzberger, die Rede zu unterbrechen und von einem Fenster des oberen Stockwerks zu den draußen Stehenden zu sprechen, da die Menge nicht zu halten sei. Minister Erzberger begab sich darauf nach einem Mansardfenster des Kunstgebäudes und versuchte zu der Menge zu sprechen. Er wurde aber von Zwischenrufen immer wieder gestört. Ein Arbeiter ließ sich von den Umstehenden emporheben und verlangte, Erzberger solle auf dem Schloßplatz reden, damit man ihn „hochleben“ lassen könne. Dabei zog er einen Strich aus der Tasche und wies auf einen Laternenpfahl. Die Rufe von unten wurden immer drohender und als der Minister aufforderte, auf das Vaterland ein Hoch auszubringen, erscholl es: „Verräter“, „Wo hast Du Deine Millionen her?“, „Warum ist Deine Rede vom 25. Juli nicht verbreitet worden?“, „Wer hat den Geheimbericht verraten?“ usw. Entrüstet schloß Minister Erzberger das Fenster und kehrte in die Versammlung zurück, wo er seine Rede in Ruhe vollendete.

alles getan werden, was in unseren Kräften steht. Das Betriebsrätegesetz müsse in den nächsten Wochen unbedingt verabschiedet werden. Er sei überzeugt, daß in wenigen Jahren alle anderen Industrieländer die Betriebsräte einführen werden.

Die neue Besoldungsvorlage für die Beamten werde im Februar vorgelegt, so daß das Gesetz zum 1. April 1920 in Kraft treten könne. Die Grundlinien des Gesetzes seien: Grundgehalt, Ortszulage, beweglicher Zuschlag je nach den Preisverhältnissen und daneben Kinderzulagen. Der Anfangsgehalt sei erheblich erhöht, die Dienstalterszulagen vermindert und nur noch zwölf Klassen vorhanden. Ein Wohnungsbauprogramm wird bald durchgeführt werden, wobei mit der Erstellung von 46 000 neuen Wohnbauten für das Jahr 1920 gerechnet werden kann. Es werden Reichsbankdarlehen anstelle der Uebersteuerungszuschüsse gewährt und im Durchschnitt 12 000 Mark für den Wohnungsbau ausgeteilt.

Mitteilungen des Ernährungsministers Graf.

In einer durch einen Zwischenfall verursachten Unterbrechung der 2 1/2stündigen Rede Erzbergers sprach Ernährungsminister Graf über Regierungsmaßnahmen zur Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung. Die Erhöhungen der Mehl- und Milchpreise seien besonders von der großstädtischen Bevölkerung mit gemischten Gefühlen aufgenommen worden. Von der Milchproduzentenvereinigung und Bund der Landwirte sei ihm eine Zuschrift zugegangen, in welcher zum Ausdruck gebracht wurde, daß durch die vorgenommene Erhöhung des Erzeugerhöchstpreises für Milch auf 75 Pfg. für 1 Liter eine Steigerung der Erzeugung nicht eintreten könne. Der Minister teilte mit, ein Vertreter der Württ. Regierung werde am 6. Januar nach Amerika reisen, um größere Sendungen Kraftfutter- und Dängemittel hereinzubekommen. Zugleich wies er darauf hin, daß er mit einer auswärtigen Fabrik Beziehungen zur Errichtung einer Fabrik in Württemberg für Knochenverwertung zu Kraftfütterzwecken angeknüpft habe. Auch mit der Stadt Stuttgart sei er in Unterhandlungen eingetreten, um durch Verwertung des Ammoniakwassers der Gasfabrik hochwertige Dängemittel zu beschaffen. Die Stadtverwaltung habe grundsätzlich zugestimmt und sich bereit erklärt, durch gelbliche Unterstützung das Unternehmen zu fördern. Vor allem sollen dadurch die Milchzeuger berücksichtigt werden, die in Ablieferungsbeziehungen zu Stuttgart stehen.

Ein Zwischenfall.

Vor dem Kunstgebäude drängten sich etwa 5000 Menschen, die verlangten, Erzberger solle auch in der Öffentlichkeit reden. Je länger die Rede im Saal dauerte, umso ungeduldiger wurde die Menge und sie schickte sich an, gegen halb 4 Uhr nachmittags sich den Eingang zum Kunstgebäude mit Gewalt zu eröffnen. Das starke Aufbegehren die Verhinderung voranstellte, die Regierung wurde abtreten, wenn sie nicht mehr von der Mehrheit des Volk gestützt werde. Keine Regierung habe jemals eine solche schlimme Erbschaft anzutreten gehabt, wie die jetzige Reichsregierung. Wenn man die Randbemerkungen des Kaisers zu den von Kantzen veröffentlichten Äußerungen lese, so müsse man sich wundern, daß bei einer solcher Führung der Zusammenbruch nicht schon längst gekommen sei. Keiner der Monarchisten habe die Kaiserin nach Holland geführt; das habe der Sozialist Molkenbühr übernommen. Es sei eine Geschichtslüge, daß die jetzige Regierung die gegenwärtigen traurigen Zustände verschuldet habe. Die Beschäfte des Reichstags seien immer durch das Militär durchkreuzt worden, ja auch die Friedensresolution vom 19. Juli 1917. Ein Geschichtslüge sei es ferner, die Waffenstillstandsverhandlungen den heftigen Mehrheitsparteien unterzuschreiben. Ludendorff habe den Waffenstillstand gewollt. Wenn er (Erzberger) den Waffenstillstand nicht abgeschlossen hätte, dann wäre es mit der Einheit des Reichs vorbei gewesen. Die Friedensschritte Wilsons seien durch den Vatikan unterstützt worden. Der Zerninische Bericht vom April 1917, den er (Erzberger) auf dem Zentrumsparteitag am 25. Juni 1917 in Frankfurt a. M. unter strengster Discretion seinen Parteifreunden bekanntgab, habe die Friedensmöglichkeit nicht verweigert. Wohl aber sei der englische Friedensführer vom August 1917, den der Vatikan vermittelt habe, eine Tat-

